

Anmerkungen zu den drei Polnischen Aufständen in Oberschlesien

Dr. Guido Hitze, Neuss

1. Der Erste Aufstand

Im August 1919 mündeten allgemeine soziale Unruhen wegen der unzureichenden Versorgungslage, Streiks in den oberschlesischen Gruben und Hütten sowie die Politik der „harten Faust“ des sozialdemokratischen preußischen Staatskommissars Otto Hörsing in den Ausbruch des sogenannten I. Polnischen (Schlesischen) Aufstandes (16./17. - 24. August 1919). Die Erhebung, die insgesamt unzureichend vorbereitet und organisiert war, umfasste den östlichen Teil Oberschlesiens und endete mit einer vollständigen Niederlage der Aufständischen, die vorzeitig und ohne Rückendeckung aus Warschau losgeschlagen hatten, gegen die deutschen Grenzschutztruppen. Da zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Kampfhandlungen der Versailler Vertrag noch nicht in Kraft getreten war, befand sich das Aufstandsgebiet zweifelsfrei auf deutschem Boden. Die Alliierten sahen daher keinen Grund zum Eingreifen; sogar die Franzosen billigten ausdrücklich das harte deutsche Vorgehen, da die dem polnischen Unternehmen zugrundeliegende Mischung aus sozialen, bolschewistisch-kommunistischen und nationalen Motiven von Paris mit großer Sorge beobachtet wurde. Beiderseits wurden in den mehrtägigen Kämpfen zahllose Grausamkeiten verübt, die wiederum jeweils Anlass zu hartnäckigen und propagandistisch ausgeschmückten Legendenbildungen gaben. Auf jeden Fall erzeugte im August 1919 in Oberschlesien Gewalt Gegengewalt, wobei alle Akteure stets die Grausamkeit des Kontrahenten beklagten und die eigene Handlungsweise als notwendige Verteidigung gegenüber der Aggression des jeweils Anderen rechtfertigten. In der polnischen Historiographie wird der erste der drei „Schlesischen Aufstände“ vielfach als eine spontane, sozial bedingte Erhebung der **gesamten** polnisch gesinnten Bevölkerung Oberschlesiens dargestellt, die sich gegen nationale Verfolgung und Unterdrückung in einer Art Notwehraktion aufgelehnt habe. Diese Aussage ist in ihrer Pauschalität historisch nicht haltbar. Doch selbst wenn die Agitation, die zu einem Anschluss Oberschlesiens an Polen aufrief, durchaus in der Hauptsache von jenseits der Grenze ausgegangen ist; dass sie in so kurzer Zeit auf so fruchtbaren Boden fiel, lag unzweifelhaft an der in Oberschlesien in jenen Monaten vorherrschenden Dynamik aus sozialer Not und nationaler Option. Auch wenn nicht alle Oberschlesier, bei weitem auch nicht alle polnischsprachigen, hinter der Erhebung standen, so macht die Zahl von mehr als 20.000 Aufständischen gleichwohl deutlich, daß es sich hierbei um eine echte Volksbewegung gehandelt hat.

2. Der Zweite Aufstand

Mitte August 1920 brach im Anschluss an antipolnische und antifranzösische Demonstrationen in Kattowitz der II. Polnische (Schlesische) Aufstand (17./18. - 26. August 1920) aus, der sich offiziell gegen „deutschen Terror“ und die deutsche Sicherheitspolizei (die allerdings französischem Befehl unterstand) richtete, in Wahrheit aber darauf abzielte, vor dem Hintergrund der deutlichen polnischen Abstimmungsniederlagen in Allenstein und Marienwerder (Juli 1920) bzw. des zeitgleich tobenden polnisch-sowjetischen Krieges das eigentlich unmittelbar bevorstehende Plebiszit auf einen für Polen günstigeren Zeitpunkt zu

verschieben. Außerdem war die polnische Seite bestrebt, den administrativen Einfluss der Deutschen in Verwaltung und Polizei bis zum Abstimmungstag weiter zu minimieren. Obwohl im Vorfeld beide Seiten damit begonnen hatten, paramilitärische Einheiten aufzubauen und die Bevölkerung durch offenen Terror einzuschüchtern, wiesen die Polen bis zu diesem Zeitpunkt hinsichtlich der militärischen Komponente ihrer Plebiszitorganisation gegenüber den Deutschen nicht zuletzt dank der wohlwollenden Unterstützung Frankreichs einen beträchtlichen Vorsprung auf. Aufgrund der weitgehenden Nichteinsatzfähigkeit deutscher Verbände und der vollkommenen Passivität der französischen Einheiten erreichten die Aufständischen binnen weniger Tage sämtliche angestrebten Ziele, ohne in Ermangelung tatsächlicher Kampfhandlungen (es gab „lediglich“ eine Reihe ziviler Opfer) nennenswerte eigene Verluste zu erleiden. Ende August 1920 stimmte die deutsche Seite den Bedingungen Korfantys, der das Aufstandsunternehmen zunächst aus politischen Gründen abgelehnt, sich aber dann doch noch rechtzeitig an seine Spitze gestellt hatte, für einen Waffenstillstand zu, ohne nennenswerten Widerstand leisten zu können. Bereits am 24. August 1920 hatte die Interalliierte Kommission den polnischen Postulaten entsprochen, eine Ausweisung der deutschen Beamten verfügt und die Aufstellung einer paritätisch zusammengesetzten „Abstimmungspolizei“ (Apo) befohlen. Die Aufgaben der neuen „Polizei“ bestanden darin, für öffentliche Sicherheit und Ordnung im ganzen Abstimmungsgebiet zu sorgen. In die Abstimmungspolizei wurden nur diejenigen Kandidaten aufgenommen, die in Oberschlesien geboren worden waren. Als Datum der Volksabstimmung in Oberschlesien wurde schließlich der 20. März 1921 festgelegt.

3. Der Dritte Aufstand

Das Abstimmungsergebnis vom 20.03.1921 (59,6 %: 40,4 % zugunsten Deutschlands) wurde von beiden Parteien als eigener Sieg interpretiert. Die Deutschen bestanden darauf, das ganze Abstimmungsgebiet bei Deutschland zu belassen, obwohl Art. 88 Versailler Vertrag ausdrücklich keine Gesamtsicht des Resultats vorsah, sondern eine Bewertung nach der örtlichen Verteilung der Bevölkerungsvoten. Die Polen ihrerseits verlangten die Eingliederung der Gebiete bis zur sogenannten „Korfanty-Linie“; eine imaginäre Grenzlinie, welche sich von der alten Reichsgrenze im Osten unmittelbar südlich von Landsberg über Rosenberg bis in die Höhe von Oppeln erstreckte, südlich von Oppeln dann scharf nach Süden abknickte und östlich von Ratibor an die deutsch-tschechische Grenze stieß. Korfanty beließ also Oppeln, Leobschütz und Ratibor bei Deutschland, reklamierte jedoch mit Ausnahme der Kreise Kreuzburg und Rosenberg praktisch das gesamte Gebiet östlich der Oder einschließlich des Industriereviere für Polen. Umgekehrt proportional zum tatsächlichen Ergebnis des Plebiszits sollten demnach knapp 60 % der Fläche und 70 % der Einwohner des Abstimmungsbezirkes Polen zugeschlagen werden. Mit dieser Forderung fand Korfanty zwar die wohlwollende Unterstützung Frankreichs, stieß allerdings bei Engländern und Italienern auf harten Widerstand. Die Briten waren zunächst geneigt, das gesamte Abstimmungsgebiet aufgrund des in ihren Augen eindeutig genug ausgefallenen Plebiszits bei Deutschland zu belassen. Britischerseits war man jedoch im weiteren Verlauf der Verhandlungen innerhalb der IK bereit, einen italienischen Kompromissvorschlag zu unterstützen, der die Übergabe der kompletten Kreise Pleß und Rybnik sowie eines schmalen Streifens des Kreises Tarnowitz an Polen vorsah, das Industriegebiet aber vollständig bei Deutschland beließ. In dieser Situation kam es zum Ausbruch des III. Polnischen (Schlesischen) Aufstandes, zuweilen auch als „Korfanty-Aufstand“ bezeichnet (3. Mai – 5. Juli

1921). Das Ziel der Aufständischen war es, die „Korfanty-Linie“ zu erreichen. Das ganze, von langer Hand und sorgfältig geplante Unternehmen richtete sich ausdrücklich nicht gegen Deutschland, sondern gegen die Grenzziehungspläne der britischen und italienischen Alliierten. Dadurch wurde dem „Aufstand“ eine konkrete und von seinen Initiatoren gewollte internationale Dimension verliehen; von einer Revolte der „Unterdrückten“ gegen ihre „Unterdrücker“ war dementsprechend sogar in der polnischen Propaganda keine Rede. In der Nacht zum 3. Mai 1921 schlugen mehr als 60.000 Bewaffnete, darunter ca. 10 000 reguläre Soldaten aus Zentralpolen, unter dem Kommando Korfantys und ungehindert von den französischen Streitkräften zu. Ausgerüstet war die Streitmacht mit 450 schweren und 780 leichten MG, 42 Feldgeschützen, 400 Minenwerfern und 3 Panzerzügen. Innerhalb weniger Tage wurde das Abstimmungsgebiet ziemlich genau bis zu der Linie von den Aufständischen erobert, die Korfanty im April noch als die Grenze der polnischen Gebietsansprüche in Oberschlesien bezeichnet hatte. Wiederum leisteten die alliierten Truppen, abgesehen von den italienischen Einheiten bei Ratibor, keinen Widerstand; deutsche Abwehrkräfte standen nicht zur Verfügung oder waren von den Insurgentenverbänden in den größeren Städten eingekesselt worden. Aus Gründen des „fair play“ duldeten Engländer und Italiener in der Folgezeit stillschweigend die Aufstellung deutscher Selbstschutzverbände unter dem aus Oberschlesien stammenden General Karl Hofer. Während die militärische Führung bei Hofer lag, organisierte sich die zivile deutsche Seite in einem parteiübergreifenden, auch die Gewerkschaften einschließenden sogenannten „Zwölferausschuß“ in Oberglogau unter Führung des Ratiborer Pfarrers und Zentrumspolitikers Carl Ullitzka, der an die Stelle des zuvor aufgelösten Plebiszitkommissariats trat. Dies änderte jedoch nichts an dem Faktum, dass der eigentliche Adressat des polnischen Aufstandsunternehmens nicht das Deutsche Reich, sondern der Oberste Rat in Paris war. Nachdem es dem deutschen Selbstschutz in den Tagen nach dem 21. Mai 1921 in den blutigen Kämpfen um den Annaberg, das religiöse Zentrum Oberschlesiens, gelungen war, den polnischen Vormarsch nicht nur zu stoppen, sondern sogar zurückzuschlagen, kam es in Folge französisch-britischen Interventionen zu einer Pattsituation, die im Laufe des Juni 1921 schließlich in einen Räumungsplan für den Abstimmungsbezirk mündete und dem schwer geprüften Land nach langen Wochen der Anarchie und bürgerkriegsähnlicher Wirren ab Anfang Juli 1921 wieder ein Ruhen der Waffen verschaffte. Die Ereignisse des Mai und Juni 1921 hatten Oberschlesien in eine Orgie von Blut, Gewalt und Haß gestürzt. Der deutsche Selbstschutz, der sich den polnischen Insurgenten entgegenstellte, rekrutierte sich zum überwiegenden Teil aus landfremden Freikorpsangehörigen, die aus allen Teilen Deutschlands nach Oberschlesien geströmt waren. Im Kampf diszipliniert und militärisch geschult, benahmten sich die Freikorps ansonsten wie eine Besatzungsarmee im fremden Land und standen in punkto Grausamkeit, Rach-, Raub- und Mordlust ihren Kontrahenten auf der anderen Seite in nichts nach. Überdies entwickelten sich innerhalb der Selbstschutzverbände rasch betont völkisch und antisemitisch ausgerichtete Zirkel. Mit dem Widerstand der deutschgesinnten ober-schlesischen Bevölkerung hatten sie aber nichts zu tun; politisch und ideologisch klappte zwischen den völkisch orientierten Freikorpsangehörigen und der zivilen deutschen Seite in Oberschlesien ein tiefer und unüberbrückbarer Graben. Auch wenn die vom Völkerbund am 12. Oktober 1921 verkündete inneroberschlesische Grenzlinie weit entfernt von den ursprünglichen Vorstellungen Korfantys und Frankreichs blieb, so stellte sie doch letztenendes einen Sieg der französischen Teilungspolitik in Oberschlesien dar. Im Endeffekt erhielt Deutschland ein Gebiet mit einer Fläche von 7.794 qkm (71% des Abstimmungsgebiets) mit einer Bevölkerung von 1.116.500 (54%) Personen. Polen wurde ein

Gebiet mit einer Fläche von 3.214 qkm (21%) und 996.500 Einwohnern (46%) zugesprochen. Obwohl Polen einen kleineren und weniger bevölkerungsreichen Teil des strittigen Territoriums erhielt, fiel die Grenzziehung in wirtschaftlicher Hinsicht günstiger für Polen aus. Von 67 oberschlesischen Bergwerken lagen nun nicht weniger als 53 in Polen. Gleiches galt für alle neun Eisenerzgruben, für zehn von 15 Zink- und Bleigruben, für elf von 18 Kokereien, für drei von vier Brikettfabriken, für fünf von neun Hütten mit Hochöfen (22 von insgesamt 37 Hochöfen lagen nun in Polen), für acht von 13 größeren Walz- und Stahlwerken. Auf polnischer Seite befanden sich zudem sämtliche 18 Zink-, Blei- und Silberhütten, alle 13 zum damaligen Zeitpunkt tätigen Werke für Röstung von Zinkblende sowie fünf von sieben Zinkwalzwerken. Die historischen Quellen legen jedenfalls den Schluß nahe, dass Paris nicht nur fahrlässig den Ausbruch des Dritten Aufstandes geduldet und die polnische Militäraktion, die letztlich zur Völkerbundslösung führte, aktiv politisch wie organisatorisch unterstützt hat, sondern dass die französische Regierung sogar der eigentliche Initiator des polnischen Vorgehens gewesen ist. Seine durchaus nachvollziehbaren, aber dennoch überdehnten Sicherheitsbedürfnisse gegenüber Deutschland ließen Frankreich in seiner Oberschlesienpolitik nach 1919 jedes völkerrechtliche und auch moralische Maß verlieren, indem es nicht nur im Rahmen der IK seine unmittelbarsten Regierungs- und Aufsichtspflichten in der ihm anvertrauten Region vernachlässigte, sondern auch noch die verschiedenen ethnischen Volksgruppen förmlich aufeinanderhetzte, um aus den sich daraus zwangsläufig ergebenden Konflikten eigenes politisches Kapital zu schlagen.

Uwagi odnośnie oceny trzech polskich powstań na Górnym Śląsku

dr Guido Hitze, Neuss

1. I powstanie

W sierpniu 1919 roku powszechne społeczne niepokoje spowodowane złym zaopatrzeniem, strajkami na górnośląskich kopalniach i hutach oraz polityką „twardej ręki“ forsowanej przez pruskiego komisarza, socjaldemokraty Otto Hörsinga doprowadziły do wybuchu tzw. I powstania polskiego (śląskiego) (16/17 - 24 sierpnia 1919 r.). Objęło ono wschodnią część Górnego Śląska i na skutek niedostatecznego przygotowania zakończyło się całkowitą klęską powstańców, którzy zbyt wcześnie i bez osłony ze strony Warszawy uderzyli na niemiecką straż graniczną. Ponieważ w momencie wybuchu działań zbrojnych nie obowiązywał jeszcze Traktat Wersalski, teren objęty działaniami powstańczymi niewątpliwie leżał na niemieckiej ziemi. Alianci nie widzieli więc żadnego powodu, by interweniować; nawet Francuzi w jednoznaczny sposób usprawiedliwiali twarde kroki powzięte przez stronę niemiecką, bowiem z perspektywy Paryża ten polski zryw postrzegano jako niepokojącą mieszankę motywacji o podłożu społecznym, bolszewicko-komunistycznym i narodowym. Podczas wielodniowych walk obie strony dopuściły się niezliczonych okrucieństw, które później wykorzystywano w celu tworzenia koloryzowanych, propagandowych legend. Niezależnie od wszystkiego w sierpniu 1919 roku na Górnym Śląsku odpowiedzią na gwałty były gwałty, przy czym obie strony konfliktu stale podkreślały brutalność przeciwnika,

tłumacząc własne postępowanie jako konieczną reakcję na agresję. W polskiej historiografii pierwsze z trzech „powstań śląskich” przedstawiane jest jako spontaniczny, motywowany sytuacją społeczną zryw *całej* polskiej ludności Górnego Śląska, który był swego rodzaju formą koniecznego przeciwdziałania represjom o podłożu narodowym. Z historycznego punktu widzenia tezy tej nie daje się jednak dziś obronić ze względu na jej zbyt ogólnikowość. Jednakże fakt, iż wezwanie do przyłączenia Górnego Śląska do Polski, które zrodziło się w gruncie rzeczy po drugiej stronie granicy, w tak krótkim czasie trafiło na tak podatny grunt, związane było bez wątpienia z panującą w regionie dynamiką społeczną i narodową. Choć za powstaniem nie stali wszyscy Górnoszlązacy, także nie wszyscy polskojęzyczni, to jednak liczba ponad 20.000 uczestników powstań przekonuje, iż zryw ten był prawdziwym ruchem ludowym.

2. II powstanie

W połowie sierpnia 1920 roku w odpowiedzi na antypolskie i antyfrancuskie demonstracje w Katowicach wybuchło II powstanie polskie (śląskie) (17/18 – 26 sierpnia 1920 r.), które oficjalnie skierowane było przeciwko „niemieckiemu terrorowi“ i niemieckiej policji porządkowej (będącej jednak pod francuską komendą), jednak tak naprawdę kierowano się zamiarem przesunięcia terminu plebiscytu na okres bardziej korzystny dla Polski. Działo się tak głównie ze względu na przytłaczającą porażkę Polski podczas plebiscytu w Olsztynie i Kwidzynie (lipiec 1920 r.) oraz w obliczu trwającej w tym samym czasie wojny polsko-sowieckiej. Poza tym polska strona potrzebowała czasu, dążąc do możliwie maksymalnego ograniczenia wpływu administracji i policji niemieckiej do dnia przeprowadzenia plebiscytu. Mimo że już wcześniej obie strony rozpoczęły tworzenie oddziałów paramilitarnych i dochodziło do zastraszania ludności za pomocą otwartego terroru, to w owym momencie Polacy dzięki wsparciu przychylnych im Francuzów osiągnęli nad Niemcami dużą przewagę pod względem militarnego czynnika własnej organizacji plebiscytowej. Ze względu na niemożliwość ingerencji ze strony niemieckich oddziałów i zupełną bierność wojsk francuskich powstańcy w ciągu kilku zaledwie dni osiągnęli zamierzone cele. Nie doszło przy tym do poważniejszych starć zbrojnych (odnotowano „jedynie“ stosunkowo niewielką liczbę ofiar cywilnych) a powstańcy nie ponieśli większych strat. Pod koniec sierpnia 1920 roku strona niemiecka ze względu na brak możliwości oporu zaakceptowała sformułowane przez Korfanteo warunki zawieszenia broni, który w pierwszym odruchu ze względów politycznych odrzucił plany powstania, lecz krótko później stanął jednak na jego czele. Już 24 sierpnia 1920 roku Międzysojusznicza Komisja przystała na polskie postulaty: z regionu wydalono niemieckich uczestników, po czym utworzono parytetyczną policję plebiscytową („Abstimmungspolizei“/Apo). Zadania nowej policji obejmowały pilnowanie bezpieczeństwa i utrzymywanie porządku na całym obszarze plebiscytowym. W jej oddziałach mogły służyć jedynie osoby urodzone na Górnym Śląsku. Ostatecznie termin przeprowadzenia plebiscytu wyznaczono na dzień 20 marca 1921 roku.

3. III powstanie

Wynik plebiscytu z 20 marca 1921 roku (59,6 % : 40,4 % na korzyść Niemiec) obie strony uznały za swoją wygraną. Niemcy upierali się przy pozostawieniu całego terenu plebiscytowego przy Niemczech, mimo iż art. 88 Traktatu Wersalskiego wyraźnie mówił o tym, iż pod uwagę nie będzie brany całościowy rezultat, lecz wyniki w poszczególnych częściach

regionu. Polacy z kolei domagali się przyłączenia do Polski terenów sięgających po tzw. linię Korfantego, stanowiącą wyimaginowaną linię graniczną, ciągnącą się od starej granicy Rzeszy na wschodzie w okolicy Gorzowa Śl. Przez Olesno do wysokości Opola, gdzie zakreślała ostro na południe, by na wschód od Raciborza połączyć się z granicą niemiecko-czechosłowacką. Korfanty pozostawiał więc Opole, Głubczyce i Racibórz przy Niemczech, reklamował jednak przyłączenie do Polski – za wyjątkiem powiatów kluczborskiego i oleckiego – praktycznie całości ziem prawodrzańskich łącznie z okręgiem przemysłowym. Zgodnie z tym planem odwrotnie proporcjonalnie do wyników plebiscytu Polsce miałyby przypaść 60% powierzchni oraz 70% ludności obszaru plebiscytowego. Co prawda żądania Korfantego zyskały wsparcie Francji, jednak trafiły na zdecydowany opór Anglików i Włochów. Ze względu na jednoznaczny w swojej ocenie wynik plebiscytu Brytyjczycy skłaniali się początkowo do pozostawienia całego obszaru plebiscytowego przy Niemczech. Jednak w dalszym przebiegu negocjacji w gronie członków Komisji Międzysojusznicej po stronie Brytyjczyków zarysowała się gotowość wsparcia kompromisowej propozycji włoskiej, przewidującej przyznanie Polsce całości powiatów pszczyńskiego i rybnickiego oraz wąskiego pasa powiatu tarnogórskiego przy pozostawieniu całego okręgu przemysłowego w granicach Niemiec. W tej sytuacji doszło do wybuchu III powstania polskiego (śląskiego) (3 maja – 5 lipca 1921 r.), zwanego także „powstaniem Korfantego”. Całe szczegółowo zaplanowane przedsięwzięcie skierowane było wyraźnie nie przeciw Niemcom, lecz przeciw brytyjskim i włoskim planom przebiegu nowej linii granicznej. Tym samym organizatorzy nadali temu „powstaniu” konkretny wymiar międzynarodowy; o rewolcie „uciskanych” przeciwko „uciskającym” nie mówiono tym razem nawet w polskiej propagandzie. W nocy z 2 na 3 maja 1921 roku pod wodzą Korfantego – przy braku reakcji wojsk francuskich – nastąpił atak 60.000 uzbrojonych bojowników, wśród których znajdowało się także 10.000 ochotników i regularnych żołnierzy rekrutujących się z terenów Polski centralnej. Oddziały te wyposażone były w 450 sztuk ciężkiej i 780 sztuk lekkiej broni maszynowej, 42 działa polowe, 400 wyrzutni min oraz trzy pociągi pancerne. W ciągu kilku dni powstańcy opanowali niemal cały teren plebiscytowy aż po linię, którą Korfanty jeszcze w kwietniu określił jako granicę polskich roszezeń terytorialnych na Górnym Śląsku. I znów oddziały alianckie, nie licząc reakcji Włochów pod Raciborzem, nie stawiały żadnego oporu. Niemiecka obrona albo nie istniała, albo została otoczona w większych miastach przemysłowych. Ze względów zachowania zasad „fair play” Brytyjczycy i Włosi wyrazili cichą zgodę na wystawienie przez Niemców oddziałów samoobrony (Selbstschutz) pod dowództwem pochodzącego z Górnego Śląska generała Karla Hoefera. Podczas gdy władza wojskowa znajdowała się w ręku Hoefera, niemieckie kierownictwo cywilne zorganizowało się w Głogówku w ramach tzw. „Rady Dwunastu”, w której skład wchodziłi przedstawiciele różnych partii politycznych a także związków zawodowych. Na czele rady, która zastąpiła zlikwidowany niemiecki komisariat plebiscytowy, stanął pochodzący z Raciborza ksiądz a zarazem lider katolickiej partii Centrum Carl Ulitzka. To nie zmieniło jednak faktu, iż właściwym adresatem polskiego powstania nie były Niemcy, lecz Rada Najwyższa w Paryżu. Po tym, jak oddziałom niemieckim po krwawych walkach wokół Góry Św. Anny – religijnego centrum Górnego Śląska – po 21 maja 1921 roku udało się nie tylko zatrzymać polskie natarcie, ale i podjąć kontratak, interwencja francusko-brytyjska doprowadziła do sytuacji patowej. Dopiero plan ewakuacji z obszaru plebiscytowego przyniósł w początkach czerwca 1921 roku ciężko doświadczonemu regionowi nieco spokoju i porządku. Nastąpiło to jednak po tygodniach anarchii i bratobójczych walk. Wydarzenia z maja i czerwca 1921 roku pchnęły Górny Śląsk w bezmiar krwi, przemocy i nienawiści. Niemiecki Selbstschutz,

który stanął naprzeciw polskich powstańców, w przeważającej części składał się z ochotników wchodzących w skład oddziałów freikorpsów pochodzących spoza regionu, napływających na Górny Śląsk z różnych zakątków Niemiec. Zdyscyplinowani i przeszkoleni wojskowo, poza walkami zachowywali się oni niczym armia okupacyjna i pod względem brutalności, żądzy zemsty, rabunku i zabijania w niczym nie ustępowali swoim przeciwnikom po drugiej stronie frontu. Ponadto w ramach oddziałów Selbstschutzu szybko wykształciły się tendencje skrajnie nacjonalistyczne i antysemitki, które nie miały nic wspólnego z oporem rodzimych Górnoszlązaków opcji niemieckiej; w sensie politycznym i ideologicznym członków freikorpsów i niemiecką ludność cywilną na Górnym Śląsku dzieliła nieprzerwalna przepaść. Choć ogłoszony ostatecznie 12 października 1921 roku kształt nowej linii granicznej na Górnym Śląsku pozostawał daleki od pierwotnych wyobrażeń Korfanteo i Francji, to był w końcowym efekcie zwycięstwem francuskiej polityki podziału realizowanej na Górnym Śląsku. Ostatecznie Niemcy uzyskały obszar o powierzchni 7.794 km² (71% terenu plebiscytowego), zamieszkały przez 1.116.500 osób (54%). Polsce przyznano obszar o wielkości 3.214 km² (21%), zamieszkały przez 996.500 osób (46%). I choć Polska uzyskała mniejszą i liczącą mniej mieszkańców część spornego obszaru, to pod względem gospodarczym podział ten był dla polskiej strony korzystny. Z 67 kopalń węgla kamiennego znajdujących się na Górnym Śląsku aż 53 leżały na terenach przyznanych Polsce. Dotyczyło to również wszystkich 9 kopalń rud żelaza, 10 z 15 kopalń rud cynku i ołowiu, 11 z 18 koksowni, 3 z 4 brykietowni, 5 z 9 hut posiadających oddziały wielkich pieców (w tym 22 z 37 wielkich pieców), 8 z 13 większych walcowni i stalowni. W Polsce znalazły się wszystkie z 18 hut cynku, ołowiu i srebra, wszystkie z 13 istniejących w tym czasie prażalni blendy cynkowej a także 5 z 7 walcowni cynku. W każdym razie źródła historyczne pozwalają wnioskować, że Paryż nie tylko tolerował wybuch III powstania i aktywnie – w sensie politycznym i organizacyjnym – wspierał polską akcję militarną, która doprowadziła do interwencji Ligi Narodów, lecz że także był nawet faktycznym inicjatorem działań strony polskiej. Zrozumiała, lecz nieco rozdmuchana francuska potrzeba zabezpieczenia się przed Niemcami sprawiła, że Paryż w swojej polityce wobec Górnego Śląska realizowanej po 1919 roku zatracił wszelki umiar na poziomie prawa międzynarodowego i moralnego. Objawiło się to nie tylko zaniedbaniem swoich obowiązków rządowych i kontrolnych względem regionu, który został mu powierzony w ramach prac Międzysojuszniczej Komisji, lecz także dosłownie szczuciem na siebie poszczególnych grup etnicznych, aby na powstałych w ten sposób konfliktach zbić własny kapitał polityczny.